Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 5

Artikel: Aus der Praxis für die Praxis
Autor: Jeggli, A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329659

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

unseres Zeitalters sich mit den Ideologien des Sozialismus befaßt, — das alles ist dem Verfasser dieser Streitschrift wider den Sozialismus verschlossen geblieben. Es wäre noch eine größere Zahl anderer solcher Unzulänglichkeiten des Buches zu erwähnen, doch mag es mit dem Gesagten nun sein Bewenden haben.

Alles in allem: Wenn ich dem Dürrschen Buche das Verdienst nicht absprechen will, unsere großen politischen Gegenwartsfragen zur Diskussion gestellt und in einem Zeitalter, da der Faschismus auch bei uns Freunde findet, die Demokratie mit Ueberzeugung und Nachdruck verteidigt zu haben, so bleibt doch der Vorwurf erwiesen, daß dieses gleiche Buch leider voller Irrtümer ist und daß es aus einem engen, kleinlichen und gehässigen Geiste geboren wurde. Das Buch soll gewiß auch nach der Meinung seines Urhebers viel mehr eine politische Streitschrift als eine wissenschaftliche Untersuchung sein. Auch in diesem Sinne ist es eine politische Kampfschrift der übelsten Art. Wer auch unter uns politische Streitschriften schreibt, gehöre er zu welcher Partei es sei, darf nie durch Voreingenommenheit und Einseitigkeit sich so weit von der geschichtlichen Wahrheit entfernen. Ein Geschichtsprofessor am allerwenigsten.

Aus der Praxis für die Praxis.

Einige Glossen zu dem Artikel von Dr. Arthur Schmid: „Das Problem der Arbeit in den Betrieben der Arbeiterschaft." (Heft 8, April 1924, III. Jahrgang.)

Von A. Jeggli, Geschäftsführer der Genossenschafts-Buchdruckerei Basel.

Vorbemerkung der Redaktion: Die Arbeit, die wir hier zur Veröffentlichung bringen, ist nach dem im letzten Sommer plötzlich erfolgten Tod unseres sehr geschätzten Genossen A. Jeggli in seinem Nachlaß vorgefunden worden. Aus ihr spricht ein Mann, der mit sozialistischer Erkenntnis und Zielstrebung ein reiches Maß praktischer Erfahrung besitzt. Wir halten uns für verpflichtet, dieses letzte Wort eines lieben Genossen, der uns vorzeitig verlassen hat, den Lesern der „Roten Revue" völlig unverändert zur Kenntnis zu bringen.

Die Ausführungen von Genosse Arthur Schmid regen mich an, einige Fragen des Arbeitsverhältnisses in den Parteibetrieben zu besprechen. Der Natur der Sache nach muß ich gegen Genosse Schmid teilweise polemisch werden, weil unsere Gesichtspunkte andere sind. Genosse Schmid redet von Wünschbarem, ich von dem, was ist. Mit aller Absicht habe ich zum größten Teil nur Parteibetriebe im Auge, trotzdem mir auch bei andern Betriebsarten, Genossenschaften und Kommunalbetrieben, Erfahrungen zu Gebote stehen. Wenn es mir im großen und ganzen gelungen ist, in dem Betriebe, für den ich verantwortlich bin, erträgliche Verhältnisse zu schaffen, so habe ich das nicht zum wenigsten dem Umstande zu verdanken, daß meine vorgesetzten Behörden stets so einsichtig waren,

meine Tätigkeit in Staat und Genossenschaft nicht zu unterbinden. Tausende von Erfahrungen in andern Betrieben habe ich im eigenen nutzbar machen können; ich sah oft, wie es gemacht werden muß, hie und da auch, wie es nicht gemacht werden soll.

Parteibetriebe umfassen fast nur Buchdruckereien, die heute zum Teil noch dem Kleingewerbe angehören, anderseits schon weit in die Großindustrie hineinragen. Seit Jahrzehnten bestehen geordnete tarifliche Verhältnisse; Lohn, Arbeitszeit und die übrigen Arbeitsbedingungen haben einen festen, allgemein gültigen tariflichen Rahmen, ein Umstand, der das Entstehen von Parteiunternehmungen stark begünstigt hat. Die größern Parteidruckereien sind technisch ganz auf der Höhe, und auch unter den kleinern sind die meisten gut eingerichtet; die innere Organisation ist so zweckmäßig wie möglich. Dank der alten Berufskultur, die im typographischen Gewerbe steckt, ist die Disziplin keine andere als in den meisten Privatbetrieben; es läßt sich nicht bestreiten, daß gerade im Buchdruckereigewerbe die Voraussetzungen für die Errichtung sozialistischer Eigenbetriebe sehr günstige sind.

Mit Genosse Schmid gehen wohl alle einig, die in Parteibetrieben tätig sind, seien es Behördemitglieder oder Angestellte, daß die Parteibetriebe nicht nur Produkte erzeugen, sondern daß sie praktische Wege zu weisen suchen, die eine bessere Gestaltung des gesamten Arbeitsverhältnisses gestatten.

Aber gleich beim ersten Satz, den Genosse Schmid ausspricht, stutze ich schon. Er schreibt: „Es ist für einen Sozialdemokraten selbstverständlich, daß man in Betrieben der Arbeiterschaft eine möglichst kurze, eine vorbildliche Arbeitszeit haben soll. Der Lohn soll ein möglichst hoher sein. Die Schutzvorrichtungen und die hygienischen Einrichtungen sollen mustergültig sein." In dieser allgemeinen Fassung ist mit dem Satze gar nichts anzufangen. Ich möchte die aufgerollte und für die Existenz von Parteibetrieben grundlegende Frage in eine andere Beleuchtung setzen.

Vorauszusehen ist, daß der eine oder andere, der mit den nachstehenden Ausführungen nicht einig geht, auf den von Genosse Heeb veröffentlichten und in der gleichen Nummer der „Roten Revue" erschienenen Artikel hinweist, der von dem amerikanischen Automobilfabrikanten Ford handelt, der angeblich, nach seinen Ausführungen, das erfüllt, was Genosse Schmid im obigen Satz von den Parteibetrieben verlangt. Gewiß kann auch für unsere Verhältnisse bei Ford etwas gelernt werden; aber viel größer sind die Unterschiede. Einerseits das Land, das mit Recht als dasjenige der unbegrenzten Möglichkeiten bezeichnet wird, anderseits die in ein Prokrustesbett gepreßte kleine Schweiz, in der seit dem Kriege sogar das Grundelement des proletarischen Aufstiegs, die Freizügigkeit, unterbunden ist. Einerseits eine moderne Industrie, die das fertige Produkt, das Automobil, nach eigenem Ermessen gestalten kann, anderseits das Buchdruckereigewerbe, bei welchem seiner Natur nach der Auftraggeber in vielen Fällen tief in den Produktionsprozeß hineinredet. Einerseits der größte Kapitalist der Welt und anderseits unsere meistens kapitalarmen Parteibetriebe. Diese Gegensätze sind zu groß, als daß die

Methoden des einen richtig und ausschlaggebend für den andern sein könnten. Dazu kommt auch noch, wie aus den neuesten Berichten aus Amerika zu entnehmen ist, daß Ford nicht immer nur auf dem Pfad der Tugend wandelt, von dem in seinen Büchern die Rede ist, sondern daß er es sehr wohl versteht, auf gut amerikanische Art seine besondern Geschäfte zu pflegen.

Ganz beiseite soll als selbstverständlich die Forderung nach guten hygienischen Einrichtungen hier gelassen werden, trotzdem bekannt ist, daß auch da nicht jeder Wunsch im Parteibetriebe erfüllt ist; übrigens erweisen sich oft neue Anlagen als sehr unhygienisch.

Aber Lohn und Arbeitszeit! Der Durchschnittslohn eines Setzers ist in Basel heute zirka 95 bis 100 Fr., gemessen an den Bedürfnissen, sehr wenig, verglichen mit den Löhnen anderer Privatarbeiter, nicht ungünstig, ungünstig dagegen gegen viele Genossenschafts- und Kommunalbetriebe. Im allgemeinen wird die Belöhnung in Parteibetrieben ungefähr gleich sein wie in den anständigern Privatbetrieben. Und diese anständigern Privatbetriebe werden ungefähr zwei Drittel bis drei Viertel der gesamten umfassen. Weiter! Die Arbeitszeit beträgt in allen größern Parteibetrieben der Schweiz 45 Stunden, für Maschinensetzer 42 Stunden, in den kleinern Parteibetrieben und in allen Privatbetrieben mit wenigen Ausnahmen dagegen 48 Stunden und für Maschinensetzer 44 Stunden. Zum vornherein will ich erklären, daß ich nach langjähriger Beobachtung annehme, daß Verkürzungen von 60 bis etwa 50 Stunden eine höhere Arbeitsleistung ermöglichen, dagegen: was unter 48 Stunden reduziert wird, ist sicher die Arbeitsreduktion viel größer als die Zeitreduktion. Dieses vorausgesetzt, so wird bei 10 Prozent mehr Lohn (dieser Betrag muß unbedingt ausgeworfen werden, wenn das Personal dauernd das Gefühl haben soll, es sei finanziell etwas besser gestellt als die Angestellten gleichartiger Privatbetriebe), wozu noch andere dadurch bedingte Mehrleistungen, Ferien, Krankheitszahlung, Militärdienstentschädigung usw., mit einer dauernden Belastung der Gesamtlohnsumme von 20 Prozent zu rechnen sein. Eine mittlere Buchdruckerei mit 600,000 Fr. Umsatz hat zirka 250,000 Fr. Löhne; 20 Prozent davon machen 50,000 Fr. aus. In dem Wirtschaftsgebiet, in dem diese Druckerei existiert, wird die Arbeiterschaft nie imstande sein, jährlich 50,000 Fr. für ihre gesamte Propaganda auszugeben; auf andere Verhältnisse umgesetzt, machen diese 50,000 Fr. zirka 25 Prozent desjenigen Betrages aus, den die Arbeiterschaft für ihr Parteiblatt ausgeben muß, oder wieder anders gerechnet, könnte an Stelle eines vierseitigen ein sechsseitiges Parteiblatt herausgegeben werden, an Stelle eines sechsseitigen nahezu ein achtseitiges. Was kann die Arbeiterschaft nach dem Wunsche des Genossen Schmid neben der verkürzten Arbeitszeit, die in den Parteibetrieben geleistet wird, veranlassen, daß sie noch Lohnsteigerungen über das Normale des betreffenden, im Verhältnis zu der übrigen Arbeiterschaft nicht ungünstig entlöhnten Berufes verlangt. Dafür fehlt mir eine überzeugende Antwort, und ich habe sie bis heute auch in beteiligten Kreisen nicht erhalten. Es war beispielsweise ganz selbstverständlich, daß ein Parteibetrieb immer

eine etwas kürzere Arbeitszeit hatte, solange nicht das gesteckte Ziel, die 48-Stundenwoche, erreicht war. Heute aber hat sich die Frage der Arbeitszeit bei 48 Stunden konsolidiert, ausgenommen selbstverständlich bei Arbeitsverrichtungen, die besondere Anforderungen stellen, wie diejenige der Maschinensetzer.

Partei und Gewerkschaft stellen immer und immer wieder gewaltige Anforderungen an ihre Angehörigen, große Opfer an Zeit und Geld freiwillig auf sich zu nehmen. Können dieselben Organisationen dann mit einem innern Recht ihre eigenen Angestellten bedeutend besser stellen als deren Berufskollegen? Die Angestellten sollen dafür in den vordersten Reihen der Partei- und Gewerkschaftsarbeit stehen, höre ich einwenden. Dieser Wunsch ist schon oft ausgesprochen worden, aber selten und nur unvollständig in Erfüllung gegangen. Die freiwillige Arbeit kann nur aus seelischen und geistigen Erwägungen geleistet werden. Zwang ist ebenso undenkbar wie unmöglich. Ich höre ferner sagen, die Genossenschaftsbuchdruckereien müssen höhere Löhne zahlen, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen haben wegen dem Beispiel nach außen im übrigen werden die Privatbetriebe gezwungen, ihnen zu folgen, und die Kundschaft strömt ihnen aus Dankbarkeit in Massen zu. Sie will unbedingt ihre Produkte dort erstellen lassen, wo bessere Arbeitsbedingungen sind. Alles das sind Fehlschüsse! Verschiedentlich kam ich zur Ueberzeugung, daß es taktisch direkt falsch war, Reduktion von Arbeitszeitbedingungen zu gewähren, ohne daß irgendwelche Sicherheit bestand, daß die Privatindustrie folgen würde. Ein derartiges Vorgehen wirkt wie ein zu früh losgelassener Schuß. Nicht zu bestreiten ist, daß eine Arbeitszeitverkürzung des Parteibetriebes, im richtigen Moment in die Wagschale geworfen, unter Umständen das private Unternehmertum mitreißen kann. Meistens sind aber die Arbeitszeitverkürzungen unter ganz andern Gesichtspunkten erfolgt. Irrtümlich ist es auch, zu meinen, daß dadurch größere Kreise veranlaßt werden könnten, dem betreffenden Betriebe Aufträge zuzuweisen. Im Gegenteil fürchten gewisse Leute Parteibetriebe, weil sie meinen, die günstigen Arbeitsbedingungen müßten sie mit höhern Druckkosten bezahlen. Uebrigens kann die gleiche Wirkung wie kürzere Arbeitszeit oder größere Löhne ausüben die Tatsache, daß bei Verhandlungen die manchmal nicht ungünstigen Geschäftsabschlüsse von Genossenschaftsbetrieben auf den Verhandlungstisch gelegt werden. Dann ist gegen beides, besonders aber gegen höhern Lohn, folgender schwerwiegender Einwand zu erheben: Sind Lohn und kürzere Arbeitszeit erheblich über dem Mittelmaß der betreffenden Berufskollegen, so sind Entlassungen eine viel härtere Maßnahme, als sie es normalerweise sein sollen. Die Ausscheidung Ungeeigneter, die Wiederherstellung des Friedenszustandes bei persönlichen Reibungen werden dadurch erschwert und fast unmöglich gemacht.

Uebrigens werden auch die verschiedenen Vergünstigungen vom Personal unterschiedlich eingeschätzt. Am höchsten wird der Lohn bewertet, wobei allerdings gesagt sein muß, daß die Höhe des Lohnes nicht nur vom materiellen Gesichtspunkt aus beurteilt wird, sondern auch als

Anerkennung für eine gute Leistung und als Wertung gegenüber den Kollegen. Ich kenne Fälle aus der Praxis, daß für einen oder zwei Franken mehr Lohn alle Vorteile des Parteianstellungsverhältnisses in den Wind geschlagen wurden. Neben dem Lohn wird großer Wert auf die Dauer der Ferien gelegt. Während oft beim Hinweis auf die kürzere Arbeitszeit die Achsel gezuckt wird, so kommt anderseits auch, wenn auch seltener, der Fall vor, daß einer sagt, er habe diese oder jene ihm angebotene Stelle ausgeschlagen, weil er auf die kürzere Arbeitszeit des Parteibetriebes nicht verzichten wollte.

Selbstverständlich ist mit dem Obigen nicht gesagt, daß die Taktik der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht richtig war, immer die Verkürzung der Arbeitszeit an allererste Stelle zu setzen; aber gerade das oben Gesagte ist ein Beweis, welch ungeheure Erziehungsarbeit unsere Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten geleistet haben.

Wenn in Obigem etwas geringschätzig von der Wirkung der bessern Anstellungsbedingungen auf Unternehmerkreise gesprochen wurde, so bedürfen diese Ausführungen allerdings einer Einschränkung. Parteiunternehmungen können nicht nur gute, sondern sie könnten auch schlechte Beispiele geben, und sicher wäre es ein schlechtes Beispiel, wenn heute in Parteiunternehmungen Konflikte entstehen würden, weil die Leitungen derselben wieder auf 48 resp. 44 Stunden hinaufgehen möchten. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz innerhalb der organisierten Arbeiterschaft, daß sich jeder bis aufs äußerste wehrt, wenn ihm etwas genommen werden soll, das er schon besitzt. Davon sollen die Angestellten unserer Parteibetriebe keine Ausnahme machen. Die obigen Ausführungen dürfen auch nicht in diesem Sinne ausgelegt werden. Es sind Fälle denkbar, wo nicht mehr an der Verkürzung der Arbeitszeit über 48 Stunden festgehalten werden kann. Aber nur im Einverständnis und im engen Einvernehmen mit dem Personal und gegen Kompensationen sind Aenderungen denkbar.

Zum Schluß muß aber noch eine äußerst wichtige Frage besprochen werden, die Genosse Schmid in seinen Ausführungen vollständig übersehen hat. Wir meinen die Fürsorge unserer Parteibetriebe im Falle des Alters und der Invalidität. Wer in Versicherungsfragen bewandert ist, wird mir zustimmen, daß die Fürsorge, welche der Schweizerische Typographenbund bietet, nach allen Richtungen hin ungenügend ist. Die Verhältnisse liegen auch ganz anders als in Privatbetrieben. Ich gehe von folgenden Erwägungen aus: Unsere Parteibetriebe sind ihrer Natur nach außerordentlich langlebig. Während Privatunternehmungen fortwährend Form, Leitung, Inhaber wechseln, so wechseln in unsern Parteibetrieben nur die Personen. Sie sind in wenigen Jahren von kleinen Anfängen zu dem heutigen Personalbestand gekommen. Dieser Personalbestand wird lange nicht die Mutationen aufweisen, die in Privatbetrieben üblich sind. Man kennt die Rücksichtslosigkeit, die in den meisten Privatbetrieben gegen Kranke und alte Angestellte besteht. Wenn alles nichts mehr hilft, so wird die Firma aufgelöst, ein neuer Prinzipal tritt in Erscheinung, und die alten Angestellten können ihr Bündel schnüren. Das alles kann und darf ein Parteiunternehmen nicht machen. Kranke und alte Leute

dürfen nicht auf die Straße geworfen werden, sondern der Betrieb muß sie auch in denjenigen Jahren haben, wo ihre Fähigkeiten nicht mehr den Anforderungen entsprechen und wo ihre Leistungen ungenügende sind. Bereits ist in der Schweiz unser ältester Parteibetrieb in einer Situation, die eine sehr schwierige ist, neben andern Gründen auch deshalb, weil viel zu viel überaltetes Personal vorhanden ist. Gewiß steht in fast jeder Druckerei noch der eine oder andere von den alten Kadetten mit über 60 Jahren, die, was Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung anbelangt, noch jedem Jungen ein Vorbild sein können. Aber diese Ausnahme sagt nichts gegen die Regel, daß ein Betrieb fast undenkbar ist, der in der Hauptsache aus alten Leuten besteht. Um kaufmännisch zu sprechen: Die Parteibetriebe haben nicht nur ihr totes, sondern auch ihr lebendes Inventar abzuschreiben, oder, um menschlich zu sprechen: Es ist Pflicht der Parteibetriebe, für ihr Personal zu sorgen in Tagen des Alters und der Invalidität, und zwar in der Weise, daß sie das Personal eventuell zwangsweise aus dem Betrieb entfernen können unter der Begründung, daß für die alten Tage gesorgt sei. Diese Aufgabe unserer Parteibetriebe stelle ich über jede andere, sei es Lohn, Arbeitszeit oder andere Arbeitsverhältnisse. Dabei ist mir vollständig bekannt, daß das Personal selbst die Reservestellung für die Arbeitszeit nicht immer außerordentlich hoch schätzt. Es ist mir auch ferner bekannt, und damit muß gerechnet werden: bei den hohen Anforderungen, die an die Typographen gewerkschaftlich gestellt werden, daß eine Beitragsleistung von ihnen nicht gefordert werden kann. Aber trotzdem bin ich der Meinung, daß diese Forderung an die Parteiunternehmen gestellt werden muß, auch sind wenigstens die größern unter ihnen an die Aufgabe herangetreten. Gerne ist anzunehmen, daß Genosse Schmid dieser Forderung und ihrer Einreihung ebenfalls beipflichten wird.

In einem spätern Artikel werde ich gerne auf andere von Genosse Schmid aufgeworfenen Fragen eintreten. Es wird sich auch da erweisen, daß der Praktiker manches ersetzen kann und manches anders ansehen muß, als es vom theoretischen Standpunkt aus geschehen kann. Wenn unsere Parteibetriebe wirklich vorbildlich für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses wirken sollen, so kann eine derartige Aussprache nur fruchtbar sein.

Soziale Reportage.

Von Wilhelm Kristl, München.

Dem Dramatiker, Lyriker, Romancier tritt heute ein vierter, bisher recht wenig geachteter Vertreter des Schrifttums vollberechtigt zur Seite, einer, dessen Arbeit man als schreibende Taglöhnerei anzusehen und entsprechend zu bewerten gewohnt war: der Journalist, oder genauer, der Reporter. Man ist dabei, die Meinungen über ihn angesichts seiner steigenden Wichtigkeit zu revidieren und eine spätere Literaturgeschichte wird diesem neu zur Geltung kommenden Typus wohl oder übel neben der reinen Dichtkunst ein Kapitel widmen müssen.